

Erlangen, im März 2019

## **Lebensqualität und Umwelt dürfen nicht auf der Strecke bleiben**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Wir stellen den Antrag:

1. Keine Ausweisung weiterer Flächen als Sondergebiet Universität oder Gewerbegebiet.
2. Die Stadt schließt sich im Normenkontrollverfahren „Bund Naturschutz gegen Stadt Erlangen wegen Bebauungsplan (Exerzierplatz)“ den Anträgen des Bund Naturschutz an mit dem Ziel, den Bebauungsplan wegen Verstoßes gegen das Naturschutzrecht aufheben zu lassen.
3. Wildwuchs in bestehenden Gewerbegebieten (z.B. weitere Autohäuser, Logistikunternehmen, Flachbauten, große Parkplätze) wird durch Bebauungspläne und kommunale Bodenvorratspolitik unterbunden. Es sollen im Wesentlichen bestehende Unternehmen zum Zug kommen, die ihr Personal zum großen Teil aus der näheren Umgebung rekrutieren.
4. Das Erlanger Grünkonzept ist strikt zu beachten, d.h. keine "Überverdichtung", die zur Unterschreitung des Freiflächenbedarfs führt (pro Einwohner 12qm öffentlich zugängliche Grünfläche in fußläufiger Entfernung).

Begründung:

Die Wohnungsnot wird solange zunehmen, als weitere Arbeitskräfte in die Stadt gezogen werden. Daher muss Erlangen akzeptieren, dass auch die Universität nicht beliebig weiter wachsen kann.

Wir lehnen es ab, Umwelt und Mensch gegeneinander auszuspielen. Die Menschen in der Stadt brauchen Grünflächen, sie brauchen Natur in der Stadt.

Dieser Antrag ist Teil unseres Antragspakets „Strategien gegen Wohnungsnot“, dessen gemeinsame Begründung als Teil der Begründung dieses Antrages angehängt ist.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Pöhlmann  
(Stadtrat)

Anton Salzbrunn  
(Stadtrat)